

Alexander Radwan, MdB



Radwans Notizen



Spekulationen an Immobilienmärkten bei der Kreditvergabe bekämpfen

Am Donnerstag haben wir einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der Empfehlungen des Ausschusses für Finanzstabilität vom Juni 2015 sowie zu Änderungen am Recht der Wohnimmobilienkredite ins Plenum eingebracht. Zum einen soll die Bankenaufsicht mit zusätzlichen Instrumenten ausgestattet werden, um eventuelle Spekulationen an Immobilienmärkten bei der Kreditvergabe zu bekämpfen. Zum anderen vereinheitlichen wir bei Wohnimmobilienkrediten die Vorschriften zur Kreditwürdigkeitsprüfung. Damit wollen wir Unsicherheiten der Banken bei der Vergabe von Darlehen, die zum Nachteil von Darlehensnehmern ausfallen können, beenden. Meine Rede zum Gesetzentwurf im Plenum können Sie [hier](#) einsehen.

Rot-grüne Länderregierungen blockieren wichtige Weichenstellen in der Asyl- und Sicherheitspolitik

In vielen rot-grün regierten Bundesländern scheitert die Rückführung von abgelehnten oder straffällig gewordenen Asylbewerbern daran, dass geltendes Recht nicht vollzogen wird. In Berlin legt der rot-rot-grüne Koalitionsvertrag fest, nur als Ultima Ratio abzuschieben und sich auf Bundesebene für eine Abschaffung der Abschiebehaft einzusetzen. Auch in Rheinland-Pfalz fordert die zuständige Ministerin, Abschiebehaft zu vermeiden. Im Bereich der Sicherheitspolitik wird die Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen als unverhältnismäßig eingestuft. Dies bestätigt den wahrnehmbaren Eindruck in der Bevölkerung, rot-grün sei nicht in der Lage, Antworten auf die drängenden Fragen der Asyl- und Sicherheitspolitik zu finden.

Bayerische Blasmusik aus der Region erklingt auf der Grünen Woche

Die größte deutsche Landwirtschaftsmesse zieht neben rund 1550 Ausstellern aus 65 Ländern jedes Jahr auch viele Musikgruppen und -kapellen zur Grünen Woche nach Berlin. In dieser Woche spielten die Musikapelle Elbach aus Fischbachau und die Blaskapelle Bad Wiessee auf. Neben den Auftritten blieb für die Musiker auch Zeit für einen Besuch im Parlament.

Innere Sicherheit und Grenzschutz: Mehr Befugnisse für Polizeibeamte

Zur Stärkung der inneren Sicherheit haben wir in dieser Woche einen Gesetzesentwurf, der Neuregelungen im Bundespolizeigesetz vorsieht, eingebracht. Mit dem Einsatz mobiler Videotechnik (Bodycams) und automatischer Kennzeichenlesesysteme sowie der Befugnis zur Aufzeichnung von eingehenden Telefonaten in Einsatzleitstellen stärken wir polizeiliche Befugnisse. Personen, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen, dürfen nicht in das Bundesgebiet und damit den Schengenraum einreisen. Hierfür wollen wir mit der gesetzlichen Neuregelung klarstellen, dass personenbezogene Daten zum Zwecke der Ausschreibung zur Einreiseverweigerung in das Schengener Informationssystem über das polizeiliche Informationssystem (INPOL-Bestand) eingegeben werden dürfen.

Ihr

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227 71963
Fax: 030 227 76963
Email: alexander.radwan@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Valepper Str. 28
83700 Rottach-Egern

Telefon: 08022 670446
Fax: 08022 670727
Email: alexander.radwan.wk@bundestag.de

Angemerkt:

Der bayerische Arbeitsmarkt hat sich im vergangenen Jahr als robust und aufnahmefähig bewiesen. Die Arbeitslosenquote von 3,5 Prozent war die niedrigste jahresdurchschnittliche Quote seit Beginn der Erhebung (1994). 5,3 Millionen Menschen befanden sich in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen sank im Vergleich zum Vorjahr um sechs Prozent auf weniger als 62.000 Personen.